

Tagungsübersicht über Dokumente im Rahmen aktueller Subsidiaritätsprüfungsverfahren und der europapolitischen Schwerpunkte für die Sitzungen der Ausschüsse des Schleswig-Holsteinischen Landtages

Stand: 20.10.2015 09:34 (LKSt)

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 18/5002

1. Teil: Hinweise auf besondere Vorgänge im 2. und 3. Teil der Übersicht

Dossier-Nr. (KOM-Nr. oder interne Registernummer)	Art des Dossiers: Frühwarndokument oder Europapolitischer Schwerpunkt/EU-Politik	Ausschüsse	Hinweis
15-0452	Frühwarndokument	EU, IuR	Erstellung einer gemeinsamen EU-Liste sicherer Herkunftsstaaten im gemeinsamen Verfahren für die Zuerkennung und Aberkennung des internationalen Schutzes
15-0450	Frühwarndokument	EU, IuR	EU-Umsiedlungsmechanismus, Änderung der Dublin III-Verordnung
18/10 (EUS)	Europapolitischer Schwerpunkt		Berichtsbögen 2015/1 der Landesregierung zur Fortschreibung der europapolitischen Schwerpunkte des Schleswig-Holsteinischen Landtages für die Arbeitsprogramme der EU-Kommission 2013, 2014 und 2015 gemäß der EU-Konsultationsvereinbarung zwischen Landtag und Landesregierung

Hinweise: Diese Tagungsübersicht dient der EU-bezogenen Arbeit des Schleswig-Holsteinischen Landtages. Der Schleswig-Holsteinische Landtag übernimmt keine Garantie für das ständige Fortbestehen der in dieser Übersicht dargestellten und verknüpften Dokumente aus auswärtigen (nicht der Kontrolle des Landtages unterliegenden) elektronischen Datenbanken. Ferner übernimmt der Schleswig-Holsteinische Landtag keine Verantwortung für die Inhalte der mit den Verknüpfungen (sog. Links) erreichbaren auswärtigen Datenbanken und Dokumente. Aus technischen Gründen stehen manche Links erst nach einigen Tagen online zur Verfügung.

Tagungsübersicht über Dokumente im Rahmen aktueller Subsidiaritätsprüfungsverfahren und der europapolitischen Schwerpunkte
für die Sitzungen der Ausschüsse des Schleswig-Holsteinischen Landtages

Stand: 20.10.2015 09:34 (LKSt)

2. Teil: Dokumente zu Rechtssetzungsvorhaben der EU im Rahmen des Subsidiaritätsfrühwarnsystems im engeren Sinne

Dieser Teil der Tagungsübersicht gibt Ihnen eine Übersicht über aktuelle Rechtssetzungsvorhaben der EU-Kommission, die gem. Art. 5 EUV i.V.m. dem 1. und 2. Protokoll zum Lissabon-Vertrag den Verfahrensstand der Subsidiaritätskontrolle im engeren Sinne durch den Europaausschuss erreicht haben. Die zur Verfügung stehenden Dokumente der Rechtssetzungsvorhaben sowie die weiteren für die Prüfung relevanten bzw. unterstützenden Dokumente (zusammenfassend Frühwarndokumente genannt) sind unter Angabe der Dokumentenbezeichnung auf Online-Datenbanken verschiedener Institutionen verlinkt, sofern diese Datenbanken zur Verfügung stehen.

Die nachstehenden Links geben Ihnen zudem die Möglichkeit, leicht auf die allgemeinen Dokumentenseiten bzw. Datenbanken zurückzugreifen und nach bereits abgeschlossenen Verfahren sowie weiteren Datenbeständen zu suchen:

[EU-Dokumente](#)

[Bundesratsdokumente](#)

Maßgebliche Rechtsgrundlagen für das Verfahren und die Durchführung des Subsidiaritätsfrühwarnsystems im engeren Sinne in Schleswig-Holstein sind insbesondere Artikel 28 der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein, §§ 1, 9 Parlamentsinformationsgesetz SH, die EU-Konsultationsvereinbarung des Landtages und der Landesregierung Schleswig-Holstein ([Drs. 17/1849](#)) sowie der vom Europaausschuss am 06.02.2013 gefasste Verfahrensbeschluss ([Umdruck 18/785 \(neu\)](#)).

Tagungsübersicht über Dokumente im Rahmen aktueller Subsidiaritätsprüfungsverfahren und der europapolitischen Schwerpunkte
für die Sitzungen der Ausschüsse des Schleswig-Holsteinischen Landtages
Stand: 20.10.2015 09:34 (LKSt)

KOM-Nr. ¹	Frühwarndokumente	Fristende	Termine	Ministerium
15-0473	<p>Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen; COM(2015) 473 final</p> <p>1. EU-Dokumente COM (2015) 473 final 2. Bundesratsdrucksache 455/15, zu455/15 3. Vorblatt der Landesregierung gem. Konsultationsvereinbarung 4. Beratung Landtag SH/Europaausschuss 5. weitere Informationen 6. Stellungnahme der Landtagsverwaltung</p>	08.12.15	Fristbeginn: 13.10.15 BR-Beratung: 16.10.15 06.11.15 27.11.15	FM
15-0472	<p>Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung gemeinsamer Vorschriften über die Verbriefung, zur Schaffung eines europäischen Rahmens für eine einfache, transparente und standardisierte Verbriefung und zur Änderung der Richtlinien 2009/65/EG, 2009/138/EG, 2011/61/EU und der Verordnungen (EU) Nr. 1060/2009 und (EU) Nr. 648/2012; COM(2015) 472 final</p> <p>1. EU-Dokumente COM (2015) 472 final 2. Bundesratsdrucksache 454/15, zu454/15 3. Vorblatt der Landesregierung gem. Konsultationsvereinbarung 4. Beratung Landtag SH/Europaausschuss 5. weitere Informationen 6. Stellungnahme der Landtagsverwaltung</p>	08.12.15	Fristbeginn: 13.10.15 BR-Beratung: 16.10.15 06.11.15 27.11.15	FM

¹ Die Erläuterung der Tabellenkategorien siehe bitte unten.

Tagungsübersicht über Dokumente im Rahmen aktueller Subsidiaritätsprüfungsverfahren und der europapolitischen Schwerpunkte
für die Sitzungen der Ausschüsse des Schleswig-Holsteinischen Landtages
Stand: 20.10.2015 09:34 (LKSt)

15-0452	<p>Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Erstellung einer gemeinsamen EU-Liste sicherer Herkunftsstaaten für die Zwecke der Richtlinie 2013/32/EU des Europäischen Parlaments und des Rates zu gemeinsamen Verfahren für die Zuerkennung und Aberkennung des internationalen Schutzes und zur Änderung der Richtlinie 2013/32/EU; COM(2015) 452 final</p> <p>1. EU-Dokumente COM (2015) 452 final, Anhang 2. Bundesratsdrucksache 407/15, zu407/15 3. Vorblatt der Landesregierung gem. Konsultationsvereinbarung FWS 18/193 4. Beratung Landtag SH/Europaausschuss 5. weitere Informationen 6. Stellungnahme der Landtagsverwaltung</p>	09.11.2015	Fristbeginn: 14.09.2015 BR-Beratung: 25.09.2015 16.10.2015 06.11.2015	MIB
15-0450	<p>Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung eines Umsiedlungsmechanismus für Krisensituationen und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 604/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 zur Festlegung der Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des Mitgliedstaats, der für die Prüfung eines von einem Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen in einem Mitgliedstaat gestellten Antrags auf internationalen Schutz zuständig ist; COM(2015) 450 final</p> <p>1. EU-Dokumente COM (2015) 450 final, Anhang 2. Bundesratsdrucksache 406/15, zu406/15 3. Vorblatt der Landesregierung gem. Konsultationsvereinbarung FWS 18/192 4. Beratung Landtag SH/Europaausschuss 5. weitere Informationen 6. Stellungnahme der Landtagsverwaltung</p>	09.11.2015	Fristbeginn: 14.09.2015 BR-Beratung: 25.09.2015 16.10.2015 06.11.2015	MIB

Tagungsübersicht über Dokumente im Rahmen aktueller Subsidiaritätsprüfungsverfahren und der europapolitischen Schwerpunkte
für die Sitzungen der Ausschüsse des Schleswig-Holsteinischen Landtages
Stand: 20.10.2015 09:34 (LKSt)

15-0337	<p>Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 2003/87/EG zwecks Verbesserung der Kosteneffizienz von Emissionsminderungsmaßnahmen und zur Förderung von Investitionen in CO2-effiziente Technologien; COM(2015) 337 final</p> <p>1. EU-Dokumente COM (2015) 337 final 2. Bundesratsdrucksache 401/15, zu401/15 3. Vorblatt der Landesregierung gem. Konsultationsvereinbarung FWS 18/191 4. Beratung Landtag SH/Europaausschuss 5. weitere Informationen 6. Stellungnahme der Landtagsverwaltung</p>	28.10.2015	Fristbeginn: 02.09.2015 BR-Beratung: 25.09.2015 16.10.2015	MELUR
15-0365	<p>Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates mit gemeinsamen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds im Hinblick auf spezifische Maßnahmen für Griechenland; COM(2015) 365 final</p> <p>1. EU-Dokumente COM (2015) 365 final 2. Bundesratsdrucksache entfällt 3. Vorblatt der Landesregierung gem. Konsultationsvereinbarung 4. Beratung Landtag SH/Europaausschuss 5. weitere Informationen 6. Stellungnahme der Landtagsverwaltung</p>	19.10.2015	Fristbeginn: 22.07.2015 BR-Beratung: 25.09.2015 16.10.2015	

Tagungsübersicht über Dokumente im Rahmen aktueller Subsidiaritätsprüfungsverfahren und der europapolitischen Schwerpunkte
für die Sitzungen der Ausschüsse des Schleswig-Holsteinischen Landtages
Stand: 20.10.2015 09:34 (LKSt)

15-0341	<p>Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung eines Rahmens für die Energieeffizienzkenzeichnung und zur Aufhebung der Richtlinie 2010/30/EU; COM(2015) 341 final</p> <p>1. EU-Dokumente COM (2015) 341 final, Anhang 2. Bundesratsdrucksache 324/15, zu324/15 3. Vorblatt der Landesregierung gem. Konsultationsvereinbarung FWS 18/185 4. Beratung Landtag SH/Europaausschuss 5. weitere Informationen 6. Stellungnahme der Landtagsverwaltung</p>	19.10.2015	Fristbeginn: 22.07.2015 BR-Beratung: 25.09.2015 16.10.2015	MELUR
15-0303	<p>Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1683/95 des Rates vom 29. Mai 1995 über eine einheitliche Visagegestaltung; COM(2015) 303 final</p> <p>1. EU-Dokumente COM (2015) 303 final, Anhang 2. Bundesratsdrucksache entfällt 3. Vorblatt der Landesregierung gem. Konsultationsvereinbarung 4. Beratung Landtag SH/Europaausschuss 5. weitere Informationen 6. Stellungnahme der Landtagsverwaltung</p>	21.09.2015	Fristbeginn: 25.06.2015 BR-Beratung: 10.07.2015	

Tagungsübersicht über Dokumente im Rahmen aktueller Subsidiaritätsprüfungsverfahren und der europapolitischen Schwerpunkte
für die Sitzungen der Ausschüsse des Schleswig-Holsteinischen Landtages
Stand: 20.10.2015 09:34 (LKSt)

Erläuterung der Tabellenkategorien:

1. Das Fristende gibt das Datum an, zu dem die Subsidiaritätsbedenken bei der EU-Kommission in Form einer begründeten Stellungnahme schriftlich geltend gemacht werden müssen, um im Rahmen des EU-Rechtssetzungsverfahrens förmlich berücksichtigt werden zu können. Diese begründete Stellungnahme gibt nach Maßgabe der bundesstaatlichen Ordnung des Grundgesetzes der Bundesrat ab. Der Landtag kann allerdings die Landesregierung durch Plenarbeschluss auffordern, im Bundesrat die Subsidiaritätsbedenken des Landtages vorzutragen und einen Beschluss des Bundesrates herbeizuführen, der die Verletzung des Subsidiaritäts- und Verhältnismäßigkeitsprinzips in Form der begründeten Stellungnahme gegenüber der EU-Kommission geltend macht.
2. Der Punkt „Termine“ bezeichnet unter „Fristbeginn“ den Beginn der Frist für die Prüfung der Subsidiaritätsverletzung. Das jeweilige Rechtssetzungsvorhaben wird in den jeweiligen Amtssprachen an die jeweiligen nationalen Parlamente gesandt, zu denen aus Sicht des EU-Rechts auch der Bundesrat gehört. Die Frist beträgt 8 Wochen und beginnt entweder am Tage des (elektronischen) Eingangs der KOM-Dokumente des EU-Rechtssetzungsvorhabens beim nationalen Parlament oder im Regelfall durch eine spätere (elektronische) Mitteilung eines Schreibens, in welchem der Fristbeginn angegeben wird. Dieses Schreiben wird als sog. Zu-Drucksache beim Bundesrat verumdruckt. Die Vertretung des Landes SH beim Bund in Berlin leitet die entsprechenden Unterlagen an den Landtag SH weiter. Die 8-Wochen-Frist wird wie folgt berechnet: Die Frist von 8 Wochen läuft ab dem (elektronischen) Versand des Briefes, mit dem der Fristbeginn mitgeteilt wird (z. B. Versand an einem Dienstag, Fristablauf zum Ende des 8. Dienstags danach). Bei Vorlagen der Kommission gilt für die Fristberechnung in der Sommerpause zusätzlich Folgendes: Liegt das Fristende bei Anwendung der genannten Regel im August, werden zu dem errechneten Fristende (im August) 31 Tage addiert. Liegt das errechnete Fristende dann an einem Samstag oder Sonntag, endet die Frist am folgenden Montag. Wird die Mitteilung über den Fristbeginn im August versandt, beginnt die Frist am 1. September zu laufen. Der Punkt „BR-Beratung“ gibt die Beratungstermine des Bundesrates an, zu denen das jeweilige EU-Rechtssetzungsvorhaben auf dessen Tagesordnung stehen kann und eine oben genannte Aufforderung des Landtages Berücksichtigung finden könnte.
3. Der Punkt „Ministerium“ bezeichnet das federführende Ministerium des Landes SH, welches das jeweilige Vorblatt der Landesregierung zur Subsidiaritätskontrolle des jeweiligen EU-Rechtssetzungsvorhabens unter Mitwirkung des Europa-Ministeriums ausfüllt und dem Landtag dann zuleitet.

Tagungsübersicht über Dokumente im Rahmen aktueller Subsidiaritätsprüfungsverfahren und der europapolitischen Schwerpunkte
für die Sitzungen der Ausschüsse des Schleswig-Holsteinischen Landtages

Stand: 20.10.2015 09:34 (LKSt)

3. Teil: Dokumente zu europapolitisch bedeutsamen Themen

In diesem Teil der Übersicht werden im Anschluss an die vom Schleswig-Holsteinischen Landtag in der 31. Tagung am 20.03.2015 festgelegten europapolitischen Schwerpunkte ([Drs. 18/2812 \(neu\)](#)) auf diese bezogene Dokumente von der Landtagsverwaltung zusammengestellt. Die Dokumente sind über die Verlinkungen erreichbar. Zur ergänzenden Information sind auch abseits der Schwerpunkte weitere Dokumente zu europapolitisch bedeutsamen Themen eingetragen. Berichte und weitere Informationen der Landesregierung zu den europapolitischen Themen werden hier ebenfalls erfasst, soweit kein Geheimhaltungsinteresse besteht. Rechtsgrundlagen für die europapolitische Zusammenarbeit von Landtag und Landesregierung sind insbesondere Artikel 28 der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein, § 9 Parlamentsinformationsgesetz SH sowie die EU-Konsultationsvereinbarung des Landtages und der Landesregierung Schleswig-Holstein ([Drs. 17/1849](#)). **Für die hier aufgeführten Dokumente gilt aber nicht das Verfahren für Rechtssetzungsvorschläge nach Art. 5 EUV i.V.m. dem 1. und 2. Protokoll zum Lissabon-Vertrag, sodass keine Fristen (insb. nicht die 8-Wochen-Frist) zu beachten sind, außer es werden ausdrücklich Fristen oder Termine aus bestimmten Gründen angegeben.**

Die europapolitischen Themen stehen dabei insb. im größeren Kontext des grundlegenden Beschlusses des Europäischen Rates vom 27.06.2014 (sog. [Strategische Agenda der Union in Zeiten des Wandels](#)), der [Programmschrift](#) der jeweiligen Dreier-EU-Ratspräsidentschaft (vom 01.07. bis 31.12.2015 Großherzogtum Luxemburg, [Umdruck 18/4673](#)), der [politischen Leitlinien](#) des Präsidenten der EU-Kommission vom 15.07.2014 sowie des jeweiligen jährlichen Arbeitsprogramms der EU-Kommission ([Arbeitsprogramm 2015](#)).

Tagungsübersicht über Dokumente im Rahmen aktueller Subsidiaritätsprüfungsverfahren und der europapolitischen Schwerpunkte
für die Sitzungen der Ausschüsse des Schleswig-Holsteinischen Landtages
Stand: 20.10.2015 09:34 (LKSt)

Interne Registernummer ²	Themen- bzw. Dokumentenbezeichnung	Europapolitischer Schwerpunkt/EU- Politik	Ausschüsse	Ministerium	Sonstiges
18/10 (EUS)	<p>Berichtsbögen 2015/1 der Landesregierung zur Fortschreibung der europapolitischen Schwerpunkte des Schleswig-Holsteinischen Landtages für die Arbeitsprogramme der EU-Kommission 2013, 2014 und 2015 gemäß der EU-Konsultationsvereinbarung zwischen Landtag und Landesregierung</p> <p>FWS 18/186</p>				
18/9 (EUS)	<p>EU-Datenschutzgrundverordnung</p> <p>1. EU-Dokumente COM (2012) 11 final 2. Bundesdokumente 3. Informationen der Landesregierung 4. Beratung Landtag SH/Europaausschuss 5. weitere Informationen a. Pressemitteilung des Bayerischen Landesamtes für Datenschutzaufsicht vom 23.06.2015 b. Synopsis der von EU-Kommission, Rat und EU-Parlament vorgelegten Entwürfe für den am 24.06.2015 begonnenen Trilog, erstellt vom Bayerischen Landesamt für Datenschutzaufsicht 6. Stellungnahme der Landtagsverwaltung SH</p>	Europäischer Datenschutz	EU IuR	MIB	

² Die Erläuterung der Tabellenkategorien siehe bitte unten.

Tagungsübersicht über Dokumente im Rahmen aktueller Subsidiaritätsprüfungsverfahren und der europapolitischen Schwerpunkte
für die Sitzungen der Ausschüsse des Schleswig-Holsteinischen Landtages
Stand: 20.10.2015 09:34 (LKSt)

18/8 (EUS)	<p>Überprüfung des GVO-Entscheidungsprozesses</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. EU-Dokumente COM(2015) 176 final, Anhang 2. Bundesdokumente 3. Informationen der Landesregierung 4. Beratung Landtag SH/Europaausschuss <p>Thematik wurde hinsichtlich des Legislativvorschlages COM (2015) 177 final samt Anhang als Frühwarndokument in der gemeinsamen Sitzung des EU- sowie Umwelt und Agrarausschusses am 17.06.2015 bereits beraten. (Umdrucke 18/4463 und 18/4529 sowie Kurzbericht der Sitzung)</p> <ol style="list-style-type: none"> 5. weitere Informationen 6. Stellungnahme der Landtagsverwaltung SH FWS-Dok. 18/184 hinsichtlich des Legislativvorschlages COM (2015) 177. 	Umwelt- und Energiepolitik	EU UMWA	MELUR	
18/7 (EUS)	<p>MITTEILUNG DER KOMMISSION AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT, DEN RAT, DEN EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND DEN AUSSCHUSS DER REGIONEN DIE EUROPÄISCHE MIGRATIONSAGENDA</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. EU-Dokumente COM (2015) 240 final 2. Bundesdokumente <ol style="list-style-type: none"> a. Bundesratsdokument Drs. 223/15, b. Empfehlung der BRatsausschüsse Drs. 223/1/15 3. Informationen der Landesregierung 4. Beratung Landtag SH/Europaausschuss 5. weitere Informationen 6. Stellungnahme der Landtagsverwaltung SH 	Asyl- und Flüchtlingspolitik	EU IuR	MIB	

Tagungsübersicht über Dokumente im Rahmen aktueller Subsidiaritätsprüfungsverfahren und der europapolitischen Schwerpunkte
für die Sitzungen der Ausschüsse des Schleswig-Holsteinischen Landtages
Stand: 20.10.2015 09:34 (LKSt)

18/6 (EUS)	<p>Transatlantische Freihandelsabkommen (TTIP, TISA, CETA)</p> <p>1. EU-Dokumente</p> <p>a. Leitlinien für die Verhandlungen über die transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika; Rat der Europäischen Union, 11103/13</p> <p>b. Pressemitteilung des Europäischen Parlaments zu den TTIP-Verhandlungen vom 08.07.2015</p> <p>2. Bundesdokumente</p> <p>a. Entschließung des Bundesrates, Drs. 295/14</p> <p>b. Hinweise des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie, TTIP-Mandat kommentiert</p> <p>3. Informationen der Landesregierung</p> <p>a. Antwort des MWAT auf eine Kleine Anfrage Drs. 18/2041</p> <p>4. Beratung Landtag SH/Europaausschuss</p> <p>a. Plenarprotokoll 18/47 (S. 3837 - 3851)</p> <p>b. Plenarprotokoll 18/50</p> <p>c. Plenarprotokoll 18/59</p> <p>d. Plenarprotokoll 18/62</p> <p>e. Plenarprotokoll 18/74 (S. 6118 - 6136)</p> <p>f. Beschluss des Landtages Drs. 18/1458</p> <p>g. Beschluss des Landtages Drs. 18/2038</p> <p>h. Beschluss des Landtages Drs. 18/2402</p> <p>i. Im Übrigen siehe bitte LIS-SH.</p> <p>5. weitere Informationen</p> <p>a. Mitteilung der Landesregierung Baden-Württembergs zur Positionierung bzgl. des TTIP an den Landtag BW, Drs. 15/6731</p> <p>6. Stellungnahme der Landtagsverwaltung SH</p>	Handels- und Investitionspolitik	EU WI		
------------	---	----------------------------------	-------	--	--

Tagungsübersicht über Dokumente im Rahmen aktueller Subsidiaritätsprüfungsverfahren und der europapolitischen Schwerpunkte
für die Sitzungen der Ausschüsse des Schleswig-Holsteinischen Landtages
Stand: 20.10.2015 09:34 (LKSt)

18/5 (EUS)	<p>Strategie für den europäischen Digitalen Binnenmarkt (DSM: Digital Single Market)</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. EU-Dokumente COM (2015) 192 final 2. Bundesdokumente <ol style="list-style-type: none"> a. Bundesratsdokument Drs. 104/15 3. Informationen der Landesregierung 4. Beratung Landtag SH/Europaausschuss 5. weitere Informationen 6. Stellungnahme der Landtagsverwaltung SH 	Digitaler Binnenmarkt	EU WI	MWAVT	
18/4 (EUS)	<p>Empfehlung für eine EMPFEHLUNG DES RATES über die Grundzüge der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten und der Union</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. EU-Dokumente COM (2015) 99/F1, Anhang 2. Bundesdokumente 3. Informationen der Landesregierung 4. Beratung Landtag SH/Europaausschuss 5. weitere Informationen 6. Stellungnahme der Landtagsverwaltung SH 	Handels- und Investitionspolitik, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik	EU WI SOZ	MWAVT	
18/3 (EUS)	<p>MITTEILUNG DER KOMMISSION AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT UND DEN RAT Das Paris-Protokoll - Ein Blueprint zur Bekämpfung des globalen Klimawandels nach 2020</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. EU-Dokumente COM (2015) 81/F2 final, Anhang 2. Bundesdokumente 3. Informationen der Landesregierung 4. Beratung Landtag SH/Europaausschuss 5. weitere Informationen 6. Stellungnahme der Landtagsverwaltung SH 	Umwelt- und Energiepolitik, Strategischer Rahmen für die Energieunion	EU UMWA WI	MELUR	

Tagungsübersicht über Dokumente im Rahmen aktueller Subsidiaritätsprüfungsverfahren und der europapolitischen Schwerpunkte für die Sitzungen der Ausschüsse des Schleswig-Holsteinischen Landtages

Stand: 20.10.2015 09:34 (LKSt)

<p>18/2 (EUS)</p>	<p>MITTEILUNG DER KOMMISSION AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT, DEN RAT, DEN EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS, DEN AUSSCHUSS DER REGIONEN UND DIE EUROPÄISCHE INVESTITIONSBANK Rahmenstrategie für eine krisenfeste Energieunion mit einer zukunftsorientierten Klimaschutzstrategie</p> <p>1. EU-Dokumente COM (2015) 80/F1, Anhang</p> <p>2. Bundesdokumente</p> <p>a. Bundesratsbeschluss 71/15</p> <p>b. Empfehlung der BRatsausschüsse 71/1/15</p> <p>3. Informationen der Landesregierung</p> <p>a. Stellungnahme des MELUR zur Energieunion 18/181, Anlagen: Bundesratsbeschluss Drs. 71/15 (siehe bitte unter Nr. 2.a.) und Vermerk des Europäischen Rates 18/182</p> <p>4. Beratung Landtag SH/Europaausschuss</p> <p>a. 38. Sitzung des Europaausschusses am 29.04.2015</p> <p>5. weitere Informationen</p> <p>a. Stellungnahme des Oberösterreichischen Landtages mit dem Ergebnis einer Verletzung des Subsidiaritätsprinzips 18/178</p> <p>b. Gemeinsame Stellungnahme der Österreichischen Bundesländer durch die Verbindungsstelle der Bundesländer VSt-4778/4</p> <p>c. Ministerielle Information der Landesregierung BW an den Landtag BW zu COM (2015) 80 final Drs. 15/6684</p> <p>d. Beschlussempfehlung des Europaausschusses des Baden-Württembergischen Landtages zum Strategiepapier der Energieunion Drs. 15/6759 (noch nicht veröffentlicht)</p>	<p>Umwelt- und Energiepolitik, Strategischer Rahmen für die Energieunion</p>	<p>EU UMWA WI</p>	<p>MELUR</p>	
-------------------	---	--	---------------------------	--------------	--

Tagungsübersicht über Dokumente im Rahmen aktueller Subsidiaritätsprüfungsverfahren und der europapolitischen Schwerpunkte
für die Sitzungen der Ausschüsse des Schleswig-Holsteinischen Landtages
Stand: 20.10.2015 09:34 (LKSt)

	e. Gemeinsame Erklärung der für Energie und Klimaschutz zuständigen Minister/innen bzw. Senatoren der Länder Baden-Württemberg, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und Thüringen zur Europäischen Energieunion vom 22.06.2015 6. Stellungnahme der Landtagsverwaltung SH 18/179				
--	---	--	--	--	--

Erläuterung der Tabellenkategorien:

1. Interne Registernummer: Die interne Registernummer kennzeichnet einen europapolitisch relevanten Vorgang bzw. schafft ein Dossier, dem einzelne oder mehrere Dokumente zugeordnet werden. Dieser Übersichtsteil selbst hat die Nummer 18/1 (EUS).
2. Themen- bzw. Dokumentenbezeichnung: Die Themen- bzw. Dokumentenbezeichnung gibt die Kennung des Dossiers an, orientiert am thematischen Schwerpunkt.
3. Europapolitischer Schwerpunkt/EU-Politik: Unter dieser Kategorie erfolgt eine Zuordnung des Dossiers zu einem europapolitischen Schwerpunkt nach Maßgabe des Beschlusses des Schleswig-Holsteinischen Landtages bzw. gibt die betroffene EU-Politik an.
4. Ausschüsse: Unter diesem Punkt finden sich die Ausschüsse, in deren Zuständigkeitsbereich das Dossier thematisch im Schwerpunkt fällt. Durch die Querschnittseigenschaften vieler EU-Themen werden regelmäßig mehrere Ausschüsse betroffen.
5. Ministerium: Diese Kategorie bezeichnet jenes Ministerium, in dessen Zuständigkeitsbereich das Dossier thematisch nach vorläufiger Einschätzung der Landtagsverwaltung fällt, vorbehaltlich einer späteren anderen Zuordnung durch die Landesregierung.
6. Sonstiges: Diese Tabellenkategorie nimmt weitere, im Einzelfall relevante Informationen auf, z. B. etwaige Fristen oder Termine.